

Merkel, Wolfgang

Article

Restriktionen und Chancen demokratischer Konsolidierung in postkommunistischen Gesellschaften: Ostmitteleuropa im Vergleich

Berliner Journal für Soziologie

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Merkel, Wolfgang (1994) : Restriktionen und Chancen demokratischer Konsolidierung in postkommunistischen Gesellschaften: Ostmitteleuropa im Vergleich, Berliner Journal für Soziologie, ISSN 1862-2593, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Vol. 4, Iss. 4, pp. 463-484

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112468>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Wolfgang Merkel

Restriktionen und Chancen demokratischer Konsolidierung in postkommunistischen Gesellschaften. Ostmitteleuropa im Vergleich

Die Konsolidierung der jungen Demokratien in den Ländern Ostmitteleuropas wirft Probleme auf, die sich von den politischen Transitionsprozessen in Südeuropa aber auch Lateinamerika deutlich unterscheiden. In Polen, Ungarn, der Tschechischen und der Slowakischen Republik haben postkommunistische Erblasten in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft dem Handeln der demokratisierungswilligen Akteure enge Grenzen gesetzt. Der Handlungskorridor wird durch das Problem der gleichzeitigen ökonomischen, sozialen und politischen Transformation noch weiter verengt. Der Erfolg der demokratischen Konsolidierung wird in den vier Ländern von dem Zusammenspiel struktureller Restriktionen, systemischer Legitimitätsanforderungen und dem situationsangemessenen Handeln relevanter gesellschaftlicher und politischer Akteure abhängen. Die demokratische Konsolidierung wird in Ostmitteleuropa länger dauern und komplizierter verlaufen als im Südeuropa der siebziger Jahre. Sowohl von der strukturellen Problemlast als auch von der politischen Akteurskonstellation und der politischen Kultur besitzen Ungarn und die Tschechische Republik deutlich bessere Konsolidierungschancen als die jungen Demokratien Polens und der Slowakischen Republik.

Betrachtet man das 20. Jahrhundert unter dem Blickwinkel des Übergangs von autoritären zu liberaldemokratischen politischen Systemen, lassen sich drei große Wellen erkennen. Eine *erste* lange Welle, die ihre Wurzeln in der französischen und amerikanischen Revolution hatte und sich langsam verstärkend über das gesamte 19. Jahrhundert hinweg, erreichte ihren Höhepunkt unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg. Zu Beginn der 20er Jahre dieses Jahrhunderts war in rund 30 Ländern mit den allgemeinen, gleichen und freien Wahlen das prozedurale Minimum (Dahl 1971)¹ demokratischer Systeme installiert, wie unlängst Samuel Huntington errechnet hat (Huntington 1991: 17). Mit Mussolinis Marsch auf Rom 1922 beginnend, wurde der lange Demokratisierungstrend durch eine „Gegenwelle“ gebrochen, die in Europa und Lateinamerika eine Reihe faschistischer, autoritär-korporatistischer, populistischer oder militärisch-diktatorischer Regimes entstehen ließ. Es war erneut das Ende eines Weltkrieges, das nach 1945 einen kurzen Demokratisierungsschub

auslöste. Unter der Aufsicht der alliierten Siegermächte wurde die Demokratisierung der politischen Systeme in Westdeutschland, Österreich, Italien und Japan dekretiert und eingeleitet. In Lateinamerika traten sechs Länder in eine kurze Phase demokratischen Wandels ein,² bevor dieser zu Beginn der 50er und 60er Jahre wiederum in einer Gegenwelle von Militärdiktaturen weggespült wurde. Die *dritte* Demokratisierungswelle begann 1974 paradoxerweise mit einem Militärputsch in Portugal, erfaßte Griechenland und Spanien. Sie setzte sich zu Beginn der 80er Jahre in Lateinamerika fort, als viele der Militärregimes zusammenbrachen oder reformbereite Militärs die Liberalisierung und Demokratisierung ihrer Länder einleiteten.³

Gleichsam der Mechanik eines „regionalen Dominoeffekts“ folgend, setzte sich die große dritte Demokratisierungswelle am Ende der 80er Jahre in Osteuropa fort. Tiefgreifende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft kündeten, wie etwa in Polen und Ungarn, den politischen Regimewandel an oder begannen

erst als Ergebnis der Demokratisierungsprozesse wie in der DDR oder der Tschechoslowakei.

Ich werde mich im folgenden auf die drei Länder Ostmitteleuropas⁴, Polen, die (ehemalige) Tschechoslowakei bzw. nach 1992 die tschechische und slowakische Republik und Ungarn beschränken. Da hier, abgesehen von dem Sonderfall der ehemaligen DDR, der Demokratisierungsprozeß am weitesten fortgeschritten ist, lassen sich am ehesten die Chancen und Restriktionen der demokratischen Konsolidierung herausarbeiten.

Zunächst sollen jedoch drei grundsätzliche theoretische Ansätze skizziert werden, die die Ursachen, Probleme und Erfolgchancen der Übergänge von autoritären zu demokratischen Regimes zu erklären suchen.

I. Funktionalismus, Strukturalismus und Akteurstheorien: drei Erklärungsansätze

1.a) Die soziologische Systemtheorie

Es zählt zu den Paradoxien der sozialwissenschaftlichen Analysen, daß gerade die klassische soziologische Systemtheorie, der man als *grand theory* häufig die empirieferne Abstraktion vorgeworfen hatte, das Ende der autoritär-kommunistischen Herrschaftssysteme prognostiziert und luzide begründet hat (Müller 1991: 262). Anders als die Totalitarismustheorie⁵, die in ihren frühen Varianten (Borkenau 1940; Neumann 1942) und insbesondere auch in ihrer klassischen Version der fünfziger Jahre (Arendt 1951; Friedrich 1954, 1957; Friedrich/Brzezinski 1956) eine Überwindung der kommunistischen Systeme zwar durch *exogene* Einflüsse wie etwa Kriege für möglich hielt, *endogenen* Prozessen aber die systemsprenge Wirkung absprach, begründete Parsons gerade mit der inneren Konstruktion der sowjetischen Gesellschaftsformation deren unvermeidliches Scheitern. Langfristig, so Parsons, könne es die kommunistische Organisation der Gesellschaft nicht mit den politischen und integrativen Kapazitäten marktwirtschaftlicher Demokratien aufnehmen: „Ich stelle tatsächlich die Prognose, daß sich die

kommunistische Gesellschaftsformation als instabil erweisen wird und entweder Anpassungen in Richtung auf die Wahlrechtsdemokratie und ein pluralistisches Parteiensystem machen oder in weniger entwickelte und politisch weniger effektive Organisationsformen ‚regredieren‘ wird; ... Das kann nur bedeuten“, pointiert Parsons seine Prognose, „daß die monolithische Einheitspartei schließlich ihr Monopol der politischen Verantwortung aufgeben muß“ (Parsons 1969b: 70 f.).

1.b) Die politikwissenschaftliche Systemtheorie

Die weitreichende Verdrängung teilsystem-spezifischer Kommunikationscodes durch politisch diktierte, teilsystemfremde Codes in autoritären Regimen führte zu einer „künstlichen“ Begrenzung der Leistungsfähigkeit der Teilsysteme. Denn eine solche „riskante Strategie“ der Entdifferenzierung verspielt nicht nur die produktiven Vorteile von Arbeitsteilung und Spezialisierung, sondern sie ebnet vor allem auch „die spezifische Intelligenz und Expertise von dezentralen Einheiten“ ein (Willke 1992: 69). Da zudem die Oktroyierung politischer Vorgaben und Ziele in autoritären Systemen in der Regel hierarchisch-repressiv durchgesetzt werden müssen, verschütten sie meist gleichzeitig die beiden wichtigsten Quellen der Legitimationszufuhr zur Stabilisierung des politischen Systems, nämlich die „selektive“ und „diffuse Unterstützung“ der Bevölkerung. Diesen Zusammenhang haben in der Politikwissenschaft am deutlichsten Easton (1965) und Almond/Powell (1966) herausgearbeitet. In ihrem Systemmodell sind der Entscheidungs-*output* bzw. die *outcomes* und die *inputs* (Unterstützungsleistungen und Forderungen aus der Umwelt) durch einen Rückkopplungsmechanismus verbunden. Kommt es, bedingt durch die politisch induzierten Funktionsstörungen gesellschaftlicher Teilsysteme, zu unbefriedigenden materialen Politikergebnissen (*outcomes*), nimmt der für die politische Herrschaftsordnung systemunterstützende *input* an aktiver Unterstützung und passiver Massenloyalität ab. Dabei ist generell, wie auch in unserem Untersuchungskontext, zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung zu un-

terscheiden. Der Grad der spezifischen (utilitaristischen) Unterstützung hängt von den in der Bevölkerung wahrgenommenen Leistungsergebnissen des politischen Systems ab. Das heißt, er richtet sich vor allem danach, in welchem Ausmaß die Bürger ihre materielle Wohlfahrt und Sicherheit gewährleistet sehen. Für junge, noch nicht konsolidierte Demokratien spielt der *specific support* eine zentrale Rolle. Da die diffuse bzw. affektive Unterstützungsdimension noch unzureichend ausgebildet ist, kann die sich wiederholende Rückkopplungsschleife der positiven Leistungsfähigkeit des Systems und die daraus folgende spezifische Unterstützung der Bevölkerung dieses Defizit temporär kompensieren und die affektive Unterstützungsdimension langsam aufbauen. Es besteht also im positiven wie im negativen Sinne eine enge Interdependenz zwischen beiden Legitimitätsquellen. Daß diese Kopplung in jungen, postautoritären Demokratien besonders problematisch ist, ergibt sich aus der enormen Problemlast, die die alten autoritären Regime hinterlassen haben. Eine besonders prekäre Phase ist die Periode unmittelbar nach dem Systemwechsel, wenn die affektive Unterstützung der jungen Demokratie noch nicht ausreichend ist, die Anfangseuphorie verflogen ist und die Leistungsbilanz des politischen Systems infolge der Problemlast und der Wahlversprechungen von der Bevölkerung als negativ wahrgenommen wird. Daß es in solchen Situationen dennoch häufig nicht zum Zusammenbruch der Demokratie kommt, liegt auch daran, daß von der Bevölkerung und den relevanten Eliten ein neuerliches autoritäres System nicht mehr oder noch nicht als eine zu bevorzugende Alternative angesehen wird (Przeworski 1986).

Insbesondere die politikwissenschaftliche Systemtheorie vermag auf abstrakter Ebene den Zusammenhang von politischer Leistungsbilanz, Legitimität, Konsolidierung und Stabilität eines politischen Systems durchsichtig zu machen. Der hohe Abstraktionsgrad systemtheoretischer Ansätze hat freilich seinen Preis. Machtverhältnisse, Klassenstrukturen, Akteure, Akteursziele, Zeitabläufe, Zeitpunkte und Sequenzen einzelner Transformationsschritte bleiben ausgeblendet. Sie sind eher in der Lage, *ex post* zu erklären, *warum* ein Regime zusammenbrechen *mußte*, aber nicht in der

Lage vorauszusagen, *wann* und *wie* es fallen würde. Die Vernachlässigung der Rolle von sozialen und staatlichen Machtstrukturen, Akteuren und der *ex-* wie implizite eschatologische Evolutionismus (Parsons) verhindern deshalb theoretisch zwingend die Erklärung, warum demokratische Systeme ökonomisch entwickelter Gesellschaften zusammenbrechen und zu autoritären (Uruguay 1973; Chile 1973; Griechenland 1967) oder gar „totalitären“ Systemen (Deutschland 1933, Tschechoslowakei 1948) regredieren. Systemtheoretisch angeleitete Analysen sind eher geeignet, die *Zusammenbrüche* „totalitärer“ Regime (DDR, CSSR, Bulgarien) als den Verlauf *ausgehandelter Transitionen* (Spanien 1975 ff.; Chile 1990 ff.; Brasilien 1986 ff.; Polen 1988 ff.; Ungarn 1988 ff.) zu erklären, sie erlauben eher Aussagen über die Transitionen als Folge *gelungener* Modernisierung (Südostasien) denn über Demokratisierungsprozesse unter den Bedingungen ökonomischen Verfalls (Afrika). Sie sind aufschlußreicher für das Ende eines autoritären Regimes als für die Konsolidierung eines demokratischen Systems.

Aber systemtheoretische Einsichten müssen sich keineswegs den Erkenntnissen strukturalistischer Macht- und individualistischer Akteurstheorien verschließen. Im Gegenteil: Einsichten in das von Independenz und Interdependenz bestimmte sensible Verhältnis der gesellschaftlichen Teilsysteme und ihrer spezifischen Funktionslogiken, Erkenntnisse über Machtstrukturen und Eigensinnigkeiten von Institutionen können zu einer Restriktionsanalyse verschmolzen werden, um den Handlungskorridor der kollektiven wie individuellen Akteure präziser zu bestimmen, als dies unter der exklusiven Perspektive akteurstheoretischer Konzepte möglich wäre (Merkel 1994b: 321).

In der *black box* zwischen sozioökonomischen Requisiten, der Einsicht in teil- und intersystemische Funktionsweisen, der Legitimationsproduktion in politischen Systemen und der Konsolidierung von Demokratien bleiben aber noch mindestens drei Schattenzonen auszuleuchten:

- die Machtbeziehungen zwischen den sozialen Klassen, dem Staat und seinen Institutionen;

- die Rahmenbedingungen des internationalen Kontextes wie Bündnisse, Konjunkturen, Krisen, Kriege,
- die Frage der Akteure, die im Handlungskorridor der gegebenen funktionalen und strukturellen „constraints“ agieren.

2. Strukturalistische Erklärungen

Die Machtbeziehungen unter den sozialen Klassen, den Eliten sowie zwischen diesen und dem Staat wurden von Barrington Moore (1968) und Rueschemeyer et al. (1992) in den Untersuchungskontext politischer Systemwechsel einbezogen. Als besonderen Verdienst dieser Ansätze sehe ich die mögliche theoretische Brückenfunktion zwischen System- und Akteurstheorie. Moore betont die Restriktionen und Chancen, die bestimmte Sozial- und Staatsstrukturen den Handlungsmöglichkeiten politischer Akteure bieten. Ergänzt man Moores klassen- und staatsrechtlichen Strukturalismus durch den Institutionalismus einer modernen Regierungslehre, läßt sich die Brücke zwischen Makro- und Mikroanalyse schließen. Denn es sind neben den ökonomischen und sozialen auch die institutionellen Strukturen, die in einem „ersten Filter“ das Aktionsfeld und die Handlungskorridore definieren, die den politischen Akteuren zur Verfügung stehen. Innerhalb dieses Korridors eröffnet sich den Akteuren eine begrenzte Anzahl von Handlungsoptionen (Elster: „feasible set“ 1979: 113), aus denen diese in einem zweiten Filterprozeß im Verlauf einer strategischen Interaktion mit konkurrierenden Akteuren ihre Strategiewahl treffen. Denn politische Akteure handeln auch in Transitionsperioden, in denen die sozialen und institutionellen Restriktionen äußerst dehnbar sind, auf dem Hintergrund dieser Opportunitätsstrukturen. Die strukturellen *constraints* bieten also eine Art Bindeglied, das den evolutionären Determinismus der Systemtheorie wie die restriktionslose Kontingenz strategischer Spiele rationaler Akteure⁶ aufweicht und damit wechselseitig anschlussfähig macht. Insbesondere für die Phase der demokratischen Konsolidierung ist von Bedeutung, auf welche Weise welches Regierungssystem etabliert wird (Linz 1990; Lijphart 1992; Nohlen 1992; Linz/Valenzuela

1994; Rüb 1994b; Nohlen/Thibaut 1994). Denn die konkrete Konfiguration der politischen Institutionen und Entscheidungsarenen (z. B. Parlament, Regierung, Verwaltung, Rechtssystem) definiert die normativen Standards und bindenden Regeln, die als *constraints* die Strategien und Handlungen der Akteure wesentlich mit beeinflussen.

3. Akteurstheorien

Funktionale Systemerfordernisse, Legitimationsfragen, strukturelle *constraints* und die internationalen Rahmenbedingungen allein können aber weder die Richtung, noch den Verlauf oder das Ergebnis von Systemwechselprozessen erklären. Sie bestimmen jedoch die Handlungsbedingungen und prägen die Handlungspräferenzen der Akteure. Die radikale Lösung der Akteurstheorie vom deterministischen Kausaldenken der Modernisierungstheoretiker und dessen Ersetzen durch das „Denken in Möglichkeiten“ (Bos 1994) eröffnet in der Transformationsforschung die Chance, jene „region of indeterminacy“ (Marks/Diamond 1992: 6) zu füllen, die zwischen den funktionalen, strukturellen und internationalen *constraints* und dem Ergebnis des Systemwechsels leer bleibt.

Neben der Besetzung dieser Leerstelle systemisch orientierter Analysen liegt der zusätzliche Erkenntnisgewinn der Handlungstheorien in der spieltheoretisch angeleiteten Herausarbeitung der Bedeutung von Akteuren, deren Zielen, Wahrnehmungen, Strategien und Koalitionsbildungen für den Verlauf von Systemwechseln. In der Modellierung von Spielen zwischen Regime und Opposition (Transitionsphase) sowie Metaspielen unter den Regimeeliten und innerhalb der Opposition (Transitionsphase) vermögen sie deren wechselseitige Interaktion ebenso nachzuzeichnen, wie etwa den Konflikt zwischen wirtschaftlichen Radikalreformern und Gradualisten in der Phase der demokratischen Konsolidierung in Ostmitteleuropa (Merkel 1994a: 9). Indem Akteurstheorien auf die Wirkung politischen Handelns aufmerksam machen und unseren Blick dafür schärfen, daß die Strategiewahl von Schlüsselakteuren immer auch abhängig ist von der Wahrnehmung der strategischen Absichten der anderen Ak-

teure, entzaubern sie den groben Determinismus system- und modernisierungstheoretischer Annahmen. Gleichzeitig zeigen sie auf, daß die Unbestimmtheit der Ergebnisse politischer Transitionen keineswegs nur ein Nebenprodukt unzureichender Informationen der beteiligten Akteure ist. Sie ist vielmehr ein definierendes Merkmal von Transitionsprozessen selbst, wo die temporäre Verflüssigung von Institutionen und Normen die strategischen Wahlmöglichkeiten der Akteure extrem erweitert.

So begreifen Przeworski (1986, 1991) oder etwa G.O'Donnell und Philippe Schmitter (1986) Verlauf und Ergebnis von Regimewechseln vor allem als Resultat der jeweiligen Strategien unterschiedlicher *Akteure*. Für sie sind es insbesondere die Kooperationsformen, Koalitionsbildungen oder Konfliktstrategien zwischen alten und neuen Regimeeliten, „hardliners“ und „softliners“, radikaler und gemäßiger Opposition, Massen und Eliten, die über Erfolg, Mißerfolg, Dauer und Umfang des Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesses entscheiden.

Während makrosoziologische Ansätze die Rolle von Akteuren stark vernachlässigen, verlieren die mikropolitologischen Handlungstheoretiker zeitweise die strukturellen Rahmenbedingungen aus dem Blick. Um die jeweiligen Defizite zu vermindern, möchte ich in meinem Vergleich die makrosoziologische mit der handlungstheoretischen Ebene verknüpfen. Dabei soll der zwischen beiden Ebenen wirksamen „Filterfunktion“ institutioneller Faktoren wie etwa dem Regierung- oder Parteiensystem besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Meine Analyse folgt dabei einem dreigliedrigen Argumentationsaufbau. In einem ersten Schritt werde ich die strukturellen Variablen herausarbeiten, die, je nach Beschaffenheit, als Restriktion oder Ressource den Handlungskorridor der Akteure im Demokratisierungsprozeß in Ostmitteleuropa festlegen. In einem zweiten Schritt soll die aus den Erblasten der alten Regime resultierende Transitionsproblematik und die sich aus ihr ergebenden Handlungsoptionen und Handlungsdilemmata herausgearbeitet werden. Schließlich soll vor dem Hintergrund der Demokratisierungserfolge in Südeuropa gefragt werden, inwieweit die in-

stitutionellen Strukturen, Akteurskonstellationen und das Akteurshandeln eine Legitimierung und Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa erwarten lassen.

Den Beginn meiner Analyse legen die ersten freien Wahlen, die sogenannten „founding elections“ fest. Sie gelten in der Transitionsforschung als eine wichtige Zäsur, mit der die Etappe des unmittelbaren Regimewechsels mehr und mehr von der Phase der demokratischen Konsolidierung abgelöst wird (O'Donnell/Schmitter 1986: 61 ff.). Die ersten freien Wahlen bilden eine Voraussetzung dafür, daß demokratische Verhaltensmuster, die sich ad hoc herausgebildet haben, in stabile, demokratisch legitimierte Strukturen überführt werden können. Wie erfolgreich sich diese erste demokratische Institutionalisierungsetappe vollzieht, hängt zunächst zum einen von der Problemlast ab, die das alte autoritäre Regime hinterlassen hat, zum anderen aber auch von den konkreten Handlungen der beteiligten Akteure. Ich sehe vier zentrale Ebenen, deren Strukturen den Handlungskorridor für die demokratisierungswilligen Akteure festlegen: 1. die ökonomische Ebene, 2. die soziale Ebene, 3. die politisch-institutionelle Ebene, 4. die internationalen Rahmenbedingungen.

II. Die strukturellen Rahmenbedingungen: der Handlungskorridor

1. Die ökonomische Ebene

Mißt man das wirtschaftliche Entwicklungsniveau mit dem inklusiven Indikator des Brutto-sozialprodukts per capita, so lagen Spanien, Griechenland und Portugal zum Zeitpunkt der „founding elections“ Mitte der 70er Jahre bei etwa der Hälfte des Durchschnitts der Europäischen Gemeinschaft. Im Vergleich zu den hochentwickelten Industrieländern wiesen die südeuropäischen Ökonomien erhebliche Modernisierungsdefizite auf. Aber trotz der durch die protektionistische Abschottung der heimischen Märkte verursachten Wettbewerbschwächen, besaßen die Volkswirtschaften

Südeuropas marktwirtschaftliche Strukturen. Diese mußten modernisiert, aber nicht transformiert werden. Anders die ökonomische Situation in Ostmitteleuropa. Nach Schätzungen der OECD besaßen die CSFR 1990 65 %, Ungarn 55 % und Polen 30 % des durchschnittlichen per capita Sozialproduktes der Europäischen Gemeinschaft – also durchaus vergleichbar mit Spanien, Griechenland und Portugal. Doch schon die wirtschaftlichen Strukturdefizite und die einseitige sektorale Spezialisierung, die sich nicht aufgrund komparativer Kostenvorteile herausgebildet hatte, sondern von den zwischenstaatlichen Spezialisierungsplänen des RGW erzwungen wurde, werfen für Ostmitteleuropa weit gravierendere Anpassungsprobleme auf. Darüber hinaus mußten und müssen fast alle Institutionen, Mechanismen und Akteure einer funktionierenden Marktwirtschaft erst etabliert werden, sieht man von den embryonalen marktwirtschaftlichen Strukturen einmal ab, die sich in Ungarns „zweiter Wirtschaft“ seit 1968 entwickelt haben.

Der Privatisierung⁷ kommt in der postkommunistischen Transformation eine zentrale Rolle zu. Sie soll die Kommerzialisierung und Korporatisierung der Unternehmen hervorbringen sowie über die Entstehung von kompetitiven und transparenten Märkten eine effiziente Ressourcenallokation garantieren. Das leuchtende Ziel der unumgänglichen Entstaatlichung verdunkelte freilich den Blick auf die realen Privatisierungsmöglichkeiten der unmittelbaren Zukunft. Schätzungen gehen davon aus, daß die privaten Ersparnisse in Osteuropa nicht mehr als 10 % des Kapitalstockes ausmachen. Nimmt man trotz der nationalistischen Vorbehalte gegen den „Ausverkauf nationaler Interessen“ (insbesondere in Polen und der Slowakei) an, daß weitere 10 % des Produktivvermögens von ausländischen Investoren erworben werden, bleibt die Frage unbeantwortet, woher die restlichen 70 – 80 % des Übernahme- und Investitionskapitals kommen sollen (Przeworski 1992:51). Dennoch hat man sich nicht nur in Polen in den ersten zwei Jahren des Regimewechsels vor allem auf die Privatisierungsdiskussion konzentriert, ohne tragfähige Konzepte für die verstaatlichten Unternehmen in einer vermutlich sehr langen „Übergangsphase“ zu entwick-

keln. Neben diesen „objektiven“ ökonomischen Restriktionen begrenzen soziale, arbeitsmarkt- und wahlpolitische Überlegungen zusätzlich Tempo und Umfang der Privatisierungspläne in den vier Ländern. Wir werden es also für eine keineswegs absehbare Periode in Ostmitteleuropa mit „mixed economies“ zu tun haben, die sich in drei Sektoren gliedern: einem nach wie vor ausgedehnten staatlichen Produktionssektor und zwei privaten Sektoren, von denen „einer die neuen Selbständigen des einheimischen Mittelstandes umfaßt, während der andere das Ergebnis der Anlagestrategien ausländischer Investoren ist“ (Wiesenthal 1993: 6). Nicht absehbar ist, in welchem Tempo und zu welcher Gestalt sich die quantitativen und funktionalen Relationen der drei Sektoren entwickeln. Das Gestaltproblem ist dabei wesentlich komplexer, als daß es sich in die simple Dichotomie von „Markt“ versus „Staat“ fassen ließe. Es geht auf eine längere Frist um die Frage: Welche spezifischen institutionellen Arrangements können die jeweiligen wirtschaftlichen Akteure, also auch den Staat, mit ausreichenden Informationen und Anreizen ausstatten, daß sie in einer gesamtwirtschaftlich rationalen Weise handeln? (Przeworski 1992: 51) Bisher jedoch fehlen überzeugende Konzeptionen wie etwa der Staat die typusspezifischen betriebswirtschaftlichen Ineffizienzen der weichen Budgetrestriktionen öffentlicher Unternehmungen verhindern könnte (Wiesenthal 1993; Offe 1993). Wahrscheinlich ist deshalb, daß die Defizite der staatlichen Betriebe die öffentlichen Haushalte in erheblichem Maße belasten werden. Die Wände des per se schon engen wirtschaftspolitischen Handlungskorridors, etwa für unabdingbare struktur- und konjunkturpolitische Maßnahmen, werden dadurch noch weiter nach innen rücken.

1993 deuteten sich erste Anzeichen eines zögerlichen und noch instabilen volkswirtschaftlichen Aufschwunges ab (OECD 1993: 121). In Polen wuchs das Bruttoinlandsprodukt 1993 erstmals wieder um 2,4 %, nachdem es allerdings seit 1990 um insgesamt rund 20 % zurückgegangen war. Auch in Ungarn (1,2 %) und der Tschechischen Republik (0,9) scheint der Produktionsrückgang gestoppt, während er in der Slowakischen Republik 1993 noch einmal bei -4 % lag (vgl. Tab. 1).

Der Träger der noch instabilen wirtschaftlichen Trendwende war ausschließlich der private Sektor, dem es langsam aufgrund der komparativen Kostenvorteile im Lohnbereich und dem hohen Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte gelingt, Marktnischen auch auf

den ausländischen Märkten zu erobern (OECD 1993: 122). Die staatlichen Industrieunternehmen mußten dagegen weiter massive Produktionseinbußen hinnehmen. Aber gerade die weitere Entwicklung der defizitären Staatsbetriebe ist der größte Unsicherheitsfak-

Tab. 1: Zentrale Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostmitteleuropa 1989 – 1993

Wachstum (BIP) (in %)					
	1989	1990	1991	1992	1993
CSFR	1	-0,4	-16	-7	-
Tschechische Republik	-	-	-	-	0,9
Slowakische Republik	-	-	-	-	-4,0
Ungarn	-0,2	-3,3	-10	-4,5	1,2
Polen	0	-11,6	-9	1	2,4
Inflation (in %)					
	1989	1990	1991	1992	1993
CSFR	1,4	10	58	11	-
Tschechische Republik	-	-	-	-	14,3
Slowakische Republik	-	-	-	-	25,0
Ungarn	17,1	28,4	35	23	15,5
Polen	251,1	585	70	43	39,1
Arbeitslosigkeit (in %)					
	1989	1990	1991	1992	1993
CSFR	0	1	6,8	8	-
Tschechische Republik	-	-	-	-	4
Slowakische Republik	-	-	-	-	15
Ungarn	0,5	1,6	7,5	12	13
Polen	0,3	6,1	11,5	15	15
Staatsverschuldung (in % des BIP)					
	1989				
CSFR	14,9				
Tschechische Republik	-				
Slowakische Republik	-				
Ungarn	71,3				
Polen	58,8				

Quellen: OECD Economic Outlook No. 51, 52, 53, 54.

OECD Economic Surveys Hungary; Polen, Czech and Slovak Federal Republic 1991–1993.

tor für die zukünftige wirtschaftliche und damit auch soziale und politische Entwicklung. Die meisten der staatlichen Unternehmen werden bisher allein aufgrund erheblicher öffentlicher Subventionen noch im Markt gehalten. Das bedeutet, daß sie überhaupt nicht privatisiert werden können, weil sie keine privaten Käufer fänden. Geschähe dies doch in einzelnen Fällen, wären dramatische Massenentlassungen die Folge. Denn nur über den drastischen Abbau personeller Überkapazitäten bekämen diese Unternehmen eine Chance am Markt zu überleben. Die kommunistischen Betriebe hatten nämlich im großen Umfange die ausbleibende Produktivitätssteigerung schlicht mit der Ausdehnung der Beschäftigtenzahl kaschiert. Es verbergen sich also in den staatlichen Betrieben in gewaltigem Umfange personelle Redundanzen, d. h. versteckte Arbeitslosigkeit. Der Staat selbst wird entscheiden müssen, wie lange er die „unverkäuflichen“ öffentlichen Unternehmen noch weiter mit Steuergeldern subventionieren will. Seiner Entscheidungsfreiheit werden dabei enge Grenzen gesetzt werden. Denn was ökonomisch rational wäre – die nicht marktfähigen Betriebe umzustrukturieren oder gegebenenfalls zu schließen –, ist sozial unerträglich und unter konkurrenzdemokratischen Bedingungen politisch auch kaum durchsetzbar. Darüber hinaus würde es zu einer Massenarbeitslosigkeit führen, die die jungen Demokratien erheblich destabilisieren dürfte. Wie so oft kollidieren unter dem Diktat der gleichzeitigen Transformation ökonomische, soziale und politische Rationalitäten.

Die weiteren kurz- und mittelfristigen Wachstumsprognosen der OECD (OECD 1992a, 1992b, 1993) sind für die vier ostmitteleuropäischen Länder verhalten pessimistisch. Grundlage dieser Skepsis sind vier miteinander verflochtene Faktoren, die sich als hohe Wachstumsbarrieren erweisen könnten (OECD 1993: 124):

1. Die Regierungen werden aus politischen und sozialen Erwägungen die unprofitablen Staatsbetriebe nicht schnell genug schließen können. Die Folge wird eine erhebliche und anhaltende Belastung des Staatshaushaltes sein.

2. Die Sozialtransfers des Staates werden mit den zunehmenden Opfern der ökonomi-

schen Umstrukturierung solange rapide ansteigen, bis die sozialen Versicherungssysteme aufgebaut sind (Götting 1993; Offe 1993) und den Staat zumindest teilweise entlasten können.

3. Gleichzeitig kam es in den letzten drei Jahren zu einem dramatischen Absinken der Steuereinnahmen des Staates. Dieses Problem könnte sich mit der weiteren Verschiebung der staatlichen Produktion auf private Unternehmen verschärfen, da diese angesichts einer ineffizienten Steuerverwaltung und einer fehlenden „Steuerkultur“ dazu tendieren, Steuern zu hinterziehen (OECD 1993: 124).

4. Steigende Staatsausgaben bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen führen zu einer sich öffnenden Fiskalschere, die nur durch Nettokreditaufnahmen des Staates geschlossen werden kann. Dies wiederum führt zu einer Verknappung des Kreditangebots, zu steigenden Zinssätzen und dann zu *crowding out*-Effekten gegenüber privaten Investoren⁸. Darüber hinaus steigt die Staatsverschuldung weiter an. Der Schuldendienst gerade der hochverschuldeten Länder Polen und Ungarn (vgl. Tab. 1) wird dann den haushaltspolitischen Spielraum dieser Staaten noch weiter einschränken.

Aus diesem Kreislauf führt kein gerader Meisterpfad. Die Regierungen werden sich vielmehr in einem Zickzackkurs zwischen Staat und Markt, radikalen Reformen und gradualistischen Maßnahmen bewegen. Die politischen und sozialen Restriktionen der Transformation werden die politischen Eliten im ökonomischen Systemwechsel immer wieder zu suboptimalen Strategien zwingen.

2. Die (zivil)gesellschaftliche Ebene

Die Staatsfixiertheit der meisten autoritären Systeme hinterläßt schwache Zivilgesellschaften⁹. Die vor dem Staat geschützte gesellschaftliche Sphäre, in der sich Berufsgruppen, soziale Schichten oder kulturelle Strömungen selbst organisieren oder artikulieren können, existiert in autoritären Regimes kaum oder nur in observierten Nischen. Die postkommunistischen Gesellschaften müssen selbst im Vergleich mit dem fast 50 Jahre währenden autoritären Regime Portugals als atomisiertes ziviles Ödland angesehen wer-

den. Die kommunistischen Regime hatten nahezu alle Organisationen und Initiativen autonomer gesellschaftlicher Interessensartikulation und Aggregation unterdrückt und durch staatlich gesteuerte Massenorganisationen ersetzt. Dies trifft insbesondere auf das starre kommunistische Herrschaftssystem in der CSSR zu (Musil 1992: 7). In Polen jedoch hatten sich mit der katholischen Kirche und seit Beginn der 80er Jahre mit der *Solidarnosc* pluralistische Ansätze einer „civil society“ gebildet. In geringerem Maße gilt das auch für Ungarn und seine zweite Wirtschaft. Dennoch blieben diese gesellschaftlichen Organisations- und Artikulationsformen hinter jenen der drei autoritären Regime Südeuropas in den 70er Jahren deutlich zurück. Und selbst dort dauerte die Stabilisierung funktionaler Interessensrepräsentation bei den großen Interessensverbänden länger als die rasche erste Konsolidierung der territorialen Repräsentation durch die Parteien (Merkel 1990).

Darüber hinaus ist der Beitrag der katholischen Kirche zu einer Zivilgesellschaft ambivalent, da sie aufgrund der verbindlichen Vorschrift von Glaubensdogmen dem säkularen und liberalen Konzept individueller Selbstbestimmung und kollektiver Organisation tendenziell widerspricht. Im speziellen Kontext des kommunistischen Regimes in Polen trug die katholische Kirche jedoch maßgeblich zur Aufrechterhaltung der wenigen staatsfreien Schutzräume und Nischen bei. Unter den postkommunistischen Bedingungen eines liberaldemokratischen Systems aber trat sie gegenüber der Gesellschaft und ihren Individuen in politischen wie unmittelbar lebensweltlichen Fragen häufig bevormundend auf, dabei theokratische Ambitionen kaum verbergend (vgl. Milosz 1992; Tischner 1992). Während also die katholische Kirche eine wichtige zivilgesellschaftliche Funktion in der autoritären Regimephase innehatte, verlor sie diese Funktion in der Periode der demokratischen Konsolidierung. Im Gegenteil, gerade ihre Allgegenwart in der postkommunistischen Politik und Gesellschaft Polens zeigt an, daß die Zivilgesellschaft in Polen noch zu schwach entwickelt ist, um den Einfluß der katholischen Kirche zu begrenzen (Król 1992: 103).

Als Folge der sozialen Atomisierung der ostmitteleuropäischen Gesellschaften, verfü-

gen deren Mitglieder kaum über kognitive, ideologische oder verbandliche Muster kollektiven Handelns (Offe 1992: 40). In einem solchen intermediären Vakuum deuten sich zwei gesellschaftliche Entwicklungen an, die die Herausbildung einer vitalen Zivilgesellschaft behindern könnten:

1. In den postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas droht die *civil society* in der frühkapitalistischen Form der bürgerlichen Gesellschaft des 18. und 19. Jahrhunderts zu entstehen, also in einer Variante, die Hegel in seiner Rechtsphilosophie als die Sphäre des universalen Egoismus bezeichnete (Hegel 1972: 168 ff.).¹⁰ Anders formuliert: In Osteuropa droht in der unmittelbaren Zukunft die Entstehung einer sozialstaatlich kaum gebändigten Ellbogengesellschaft.

2. Individueller sozialer Abstieg und kollektive Ohnmacht gegen die unvermeidlichen Grausamkeiten der ökonomischen Transformation könnten populistische Politiker und die Opfer der Modernisierung verführen, gesellschaftliche Identität kompensatorisch durch ethnische Identifikationen und Ausgrenzungen herstellen zu wollen (Offe 1992: 18). Die Gefahr einer solchen Ethnifizierung politischer Konflikte ist zwischen Slowaken und Tschechen und stärker zwischen Ungarn und Slowaken oder Ungarn und Rumänen gegeben. Anders als in dem begrenzten Konflikt zwischen dem spanischen Zentralstaat und dem Baskenland und Katalonien besitzen die ethnischen Konfliktlinien in der „Gemengelage“ (von Beyme 1992: 273) Ostmitteleuropas, jeweils ausländische Schutzmächte, die sich für die Minoritäten in den Nachbarstaaten „verantwortlich“ fühlen könnten (Weidenfeld et al. 1992: 17 ff.; Brunner 1993: 25 ff.).

Die verbandliche Selbstorganisation, die der Zivilgesellschaft dem Staat gegenüber wirkungsvolle autonome Handlungsräume sichert, ist aber keineswegs alleine von demokratietheoretischer Bedeutung. Sie bedeutet in aller Regel auch eine Steuerungsentlastung des Staates und damit einen wirtschaftspolitischen Rationalitätsgewinn. Dies gilt nicht nur für schon entwickelte marktwirtschaftliche Demokratien,¹¹ sondern in verstärktem Maße gerade für die postkommunistischen Übergangsgesellschaften. Denn die jungen staatlichen Institutionen der neuen Demokratien stehen ohne

ein effektives funktionales Interessenrepräsentationssystem unter dem „Damoklesschwert der systematischen Überforderung“ (Wiesenthal 1993: 15). Die Komplexität der Probleme der ökonomischen, sozialen und politischen Transformation stehen nämlich in einem eklatanten Mißverhältnis zum Mangel an Professionalität, routinierter Administration und Stabilität der politischen Institutionen. Unter den Bedingungen politischer Unsicherheit und progredierender Partikularinteressen, in der weder die Rückkehr zu einem übermächtigen Staat noch die Hinwendung zu einer reinen Marktgesellschaft denk- oder auch nur wünschbar wäre, stellen repräsentative Verbände ein erhebliches Ordnungspotential zur Reduzierung der steuerpolitischen Unsicherheit dar. Darüber hinaus erscheint die Ausformung „intermediärer Organisationen und organisierender Netzwerke zwischen Staat und Gesellschaft nicht nur als rationale Reaktion auf die Steuerungslücke, sondern auch als der letzte Abschied vom autokratischen Staatsverständnis“ (Wiesenthal 1993: 16).

In den postkommunistischen Gesellschaften wandeln sich die Gewerkschaften von monistisch-monopolartigen zu pluralistisch-kompetitiven Organisationen (Schienstock/Traxler 1993: 485). Aus den einstigen Transformationsriemen der Staatspartei werden Interessensverbände der Gesellschaft. In allen vier ostmitteleuropäischen Ländern entstanden hoch pluralistische Gewerkschaftssysteme, die sich aus einer relativ hohen Zahl konkurrierender Einzelverbände zusammensetzen. Aufgrund dieser fragmentierten Organisationsstruktur sind die unterschiedlichen Dachverbände kaum in der Lage, „Kontrolle über das disparate Konglomerat ihrer Mitgliederorganisationen auszuüben“ (ebd. 501).

Neben dieser organisatorischen Schwäche und der zusätzlichen Bedrohung der Gewerkschaftsmacht durch die anwachsende Arbeitslosigkeit und die fortschreitende Privatisierung der großen Staatskombinate sind die industriellen Beziehungen in Polen noch durch ein besonderes Dilemma gekennzeichnet. Hier stehen sich mit der Solidarnosc und der in der Spätphase des kommunistischen Regimes neuformierten offiziellen OPZZ zwei etwa gleichstarke Gewerkschaftsverbände gegenüber. Beide weisen in den industriellen

Kernzonen einen Organisationsgrad von etwa 25 % auf (ebd.). Das Dilemma von Solidarnosc bestand zwischen 1989 bis 1993 darin, daß sie gegenüber den von den Solidarnosc-Nachfolgeparteien geführten Regierungen prinzipiell zu einer Unterstützung der neoliberalen Transformationspolitik bereit waren. Als jedoch die Opfer der Schocktherapie sichtbar wurden und die konkurrierende Gewerkschaft OPZZ¹² auf eine radikalere Opposition umschwenkte, mußte die *Gewerkschaft Solidarnosc*, um Massenübertritte ihrer Mitglieder zu vermeiden, diese radikalere Interessenspolitik in den Betrieben mittragen, während die *Solidarnosc-Abgeordneten* weiter den Regierungskurs unterstützten (ebd. 497).

Die Situation in Ungarn stellt sich zwar ambivalent aber mit positiven Ansätzen zur Konzertierung der wirtschaftlichen Interessen von Arbeit, Kapital und Staat dar. Zu Beginn der 90er Jahre hatten unter den 1000 (!) offiziell registrierten Gewerkschaften sieben Dachverbände eine größere Bedeutung erlangt. Der bei weitem mitgliederstärkste Verband, die „Nationale Allianz der Ungarischen Gewerkschaften“ (MSZOSZ), die 67 % der ungarischen Gewerkschaftsmitglieder organisiert, ist eine Nachfolgeorganisation der alten kommunistischen Einheitsgewerkschaft. Damit fehlte ihr in den Augen der konservativen Regierung zunächst die Legitimität als Kooperationspartner des demokratischen Staates. Die neugegründeten Gewerkschaften dagegen besitzen keine nennenswerte Repräsentativität, sind also weder für die Regierung noch für die meisten Arbeitgeber ernstzunehmende Verhandlungspartner. Dennoch haben sich korporatistische Arrangements entwickelt, die etwa in der Lohnpolitik von 1990–93 zu volkswirtschaftlich verantwortungsbewußten Abschlüssen geführt haben (Brusis 1994: 9). Drei Faktoren haben diese Konzertierung erleichtert:

- schon 1990 wurde der „Rat für Interessenausgleich“ (ET) etabliert, in dem Unternehmensverbände, Gewerkschaften und die Regierung sozial- und wirtschaftspolitische Themen erörtern;
- die Wirtschaftskammer MGK koordiniert die Interessen eines großen Teils der Unternehmer;
- aus der Endphase des kommunistischen Regimes und dem Verlauf der paktierten

Transition hat sich unter maßgeblichen Elitengruppen die Wahrnehmung von Interessenskonvergenzen, wechselseitiger Abhängigkeit sowie eine pragmatische Machthandhabung herausgebildet und bisher erhalten (ebd.: 4).

Diesen positiven institutionellen und politisch-kulturellen Voraussetzungen zur Etablierung korporatistischer Arrangements stehen aber auch spezifische Gefährdungen gegenüber:

- es gibt nach wie vor eine zu starke Dominanz des Staates, die ungarische Kritiker vom „Staatskorporatismus“ sprechen lassen (ebd. 13);
- die Integrationsfähigkeit und Verpflichtungsfähigkeit der Verbandsspitzen gegenüber der eigenen Basis ist relativ gering.

Dennoch gibt es in Ungarn von allen ostmitteleuropäischen Staaten am ehesten erfolgversprechende Ansätze zur Herausbildung eines liberalen Neokorporatismus, der die Systeme Markt und Staat in ihren Steuerungs- und Integrationsfunktionen entlasten könnte.

Sieht man von Ungarn (teilweise) ab, sind die Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Berufsvereinigungen in den ostmitteleuropäischen Ländern gegenwärtig organisatorisch noch zu schwach, zu wenig repräsentativ, fragmentiert und verpflichtungsfähig, um eine gesamtwirtschaftlich verantwortliche Steuerungsfunktion übernehmen zu können. Die Zuständigkeitsbereiche und Handlungsformen der Verbände sind zudem nur unscharf definiert und noch unzureichend verrechtlicht. Verhandlungsroutinen und wechselseitige Berechenbarkeit der großen Verbände untereinander sowie zwischen ihnen und dem Staat sind kaum entwickelt. Keine Seite kann also rationalerweise annehmen, daß wechselseitig eingegangene Verpflichtungen gegenüber der jeweiligen Verbandsklientel durchgesetzt und eingelöst werden können. „Gegenwärtig“, schließt Claus Offe, „gibt es noch keine Anhaltspunkte für die optimistische Erwartung, daß die osteuropäischen Gesellschaften einigermaßen rasch und geradlinig aus diesem Aggregatzustand assoziativer Unterentwicklung herausfinden werden“ (Offe 1993: 75).

3. Die Ebene der politischen Institutionen

Der Erfolg einer demokratischen Konsolidierung hängt auch von der Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen ab. Systemwechsel sind per definitionem durch extreme Unsicherheiten, nicht selten auch durch Paradoxien und Entscheidungsdilemmata geprägt. Sie sind ein Spiel, in dem die Regeln durch die Spieler selbst erst geschrieben werden müssen. Als fundamentale Regeln in diesem Transitionsspiel können die zentralen politischen Institutionen gelten. Denn sie sind ein auf Dauer gestelltes Regelwerk, das als rechtlich verpflichtende Struktur normative Standards formulieren und bindende Entscheidungen ermöglichen soll (Rüb 1994b). Für das Gelingen der demokratischen Konsolidierung sind deshalb mindestens zwei Eigenschaften der Institutionen von erheblicher Bedeutung: Erstens sollten sie möglichst inklusiv sein, d. h., sie sollten keine größeren sozialen und politischen Gruppen vom institutionellen Zugang zur Macht ausschließen oder sie benachteiligen; zweitens müssen sie ein adäquates Problemlösungspotential für die zu erwartenden gesellschaftlichen und politischen Konflikte bergen. Ersteres soll die politische Polarisierung vermeiden helfen und ein ausreichendes Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz sichern, ohne das Institutionen instabil sind; letzteres soll die Effizienz angemessener politischer Entscheidungen ermöglichen. In Eastons (1965) Begrifflichkeit heißt das: die unparteilich faire Inklusion gesellschaftlicher Kräfte trägt zur *diffusen*, die Leistungsfähigkeit der Institutionen zur *selektiven* Unterstützung bei. Beide Legitimitätsquellen sind freilich miteinander verbunden, und erst ihre gemeinsame Ergiebigkeit entscheidet, ob sich demokratische Systeme stabilisieren können.

Juan Linz (1990a, 1990b), Arend Lijphart (1990, 1992) und Stepan/Skach (1993) sind sich der Problematik wohl bewußt, daß sich gesellschaftliche Inklusion und Entscheidungseffizienz in bestimmten Problemlagen auch ausschließen können. Aus diesem Grunde halten sie parlamentarische und nicht etwa präsidentielle Regierungssysteme für die angemessene institutionelle Antwort auf die Problemforderungen der demokratischen Konsoli-

dierung¹³. Es sind insbesondere vier Kernargumente, die in unterschiedlichen Kombinationen von den genannten Autoren zur Stützung ihrer These immer wieder angeführt werden (vgl. vor allem Stepan/Skach 1993: 6 ff.):

– Parlamentarische Regierungssysteme haben in der Regel mehr Parteien als präsidentielle Systeme. Dies ermöglicht inklusivere und flexiblere Koalitionsbildungen in Gesellschaften, die eine komplexe ethnische, ökonomische und ideologische Konfliktstruktur aufweisen.

– Regierungen in parlamentarischen Systemen verfügen häufiger über stabile parlamentarische Mehrheiten für ihre Reformprogramme als präsidentielle Exekutiven. Fehlen im präsidentiellen System dem Präsidenten parlamentarische Mehrheiten, ist die Versuchung für ihn groß, am Rande der Verfassung mit Dekreten zu regieren oder sich im bilateralen Tauschgeschäft von Abgeordneten und Präsidenten die notwendigen Ad-hoc-Mehrheiten zu suchen. Beides sind für die einschneidenden Reformprogramme in Transformationsperioden inadäquate Strategien.

– Die enge wechselseitige Abhängigkeit von Legislative und Exekutive in parlamentarischen Systemen – nämlich das Recht der Regierung, das Parlament aufzulösen, und die Möglichkeit des Parlamentes, die Regierung mit einem Mißtrauensvotum zu Fall zu bringen – bergen konstitutionelle Verfahrensweisen, um lähmende wechselseitige Blockaden aufzulösen. Auf diese Weise können Regierungskrisen gelöst werden, bevor sie sich zu Regimekrisen verschärfen.

– Präsidentielle Systeme dagegen fördern die politische Polarisierung und bergen die Gefahr lähmender Konflikte und Entscheidungsblockaden immer dann, wenn Exekutive und Legislative mehrheitlich unterschiedliche parteipolitische Präferenzen haben.

Juan Linz faßt die Vorteile des parlamentarischen Regierungssystems mit dem Begriff „Flexibilität“ zusammen, der die „Rigidität“ des Präzidentialismus gegenüberstellt (Linz 1990a). Flexibilität heißt hier, daß parlamentarische Systeme eher die Konsolidierungsimperative der sozio-politischen Inklusion und der Regierungseffizienz gewährleisten. Gegen diese „idealtypisch-deduktive“ Argumentation, die Parlamentarismus und Präzidentialismus

„kategorial“ gegenüberstellt, haben Nohlen (1991, 1994) und Thibaut (1992) vor allem am Beispiel Lateinamerikas darauf verwiesen, daß die Frage nach dem angemessenen Regierungssystem nicht kontextunabhängig entschieden werden kann. Entscheidend sei vielmehr, in welcher Weise die zentralen politischen Institutionen auf die konkrete gesellschaftliche Konfliktstruktur reagieren können. Dabei müsse vor allem die Kompatibilität der Institutionen unterhalb der Ebene der großen politischen Institutionen des Regierungssystem mit in die Analyse einbezogen werden (Nohlen 1994: 4). Insbesondere vier „Ebenen“ sind für die Systemstabilität von besonderer Bedeutung:

- die Ebene des Wahl- und Parteiensystems,
- die Ebene der Verbände,
- die Ebene der staatlichen Verwaltung,
- die Ebene der Elitenrekrutierung und des „Elitenlernens“.

Erst die Harmonie und Komplementarität dieser Institutionen mit den zentralen Organen der Exekutive, Legislative und Judikative erlauben fundierte Prognosen über die Konsolidierungschancen junger Demokratien. Denn erst das Gesamt der institutionellen Arrangements entscheidet über Inklusion, Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit und damit über die Legitimität und Stabilität einer demokratischen Ordnung. An dieser Stelle soll den miteinander verflochtenen, fundamentalen politischen Repräsentations- und Entscheidungsebenen, dem Parteien- und Regierungssystem besondere Aufmerksamkeit gelten.

In den postautoritären Demokratien Portugals, Griechenlands und Spaniens haben sich mit den „founding elections“ moderat pluralistische Parteiensysteme herausgebildet. Der Fragmentierungsindex (Rae 1968), der die Zersplitterung eines Parteiensystems anzeigt, lag schon bei den ersten demokratischen Wahlen in Griechenland und Portugal unter, in Spanien nur geringfügig über dem durchschnittlichen Wert westlicher Demokratien. Die Antisystemparteien beschränkten sich in Portugal und Griechenland auf die kommunistische Linke; in Spanien war selbst diese ein verlässlicher Kooperationspartner im Demokratisierungsprozeß (Kraus/Merkel 1994). Der extrem rechte Pol des Parteiensystems blieb unbesetzt. In allen drei Parteiensystemen setzte rasch eine zentripetale Wettbewerbstendenz ein. Das ver-

stärkte Verhältniswahlrecht produzierte in Griechenland sofort, in Spanien und Portugal nach 5 bzw. 6 Jahren stabile Mehrheitsregierungen (Merkel 1990: 8). Diese stabilen institutionellen Rahmenbedingungen trugen zur raschen Konsolidierung der Demokratie in allen drei Ländern bei.

In Ostmitteleuropa ergaben sich mit den ersten freien Wahlen weit ungünstigere institutionelle Voraussetzungen. Die stark proportionalen Misch- bzw. Verhältniswahlssysteme ohne wirkungsvolle Sperrklauseln in Polen und der Tschechoslowakei erwiesen sich als ungeeignet, die komplexen ökonomischen, sozialen, ethnischen und politischen Konfliktstrukturen institutionell zu rationalisieren. Es entstanden fragmentierte Parteiensysteme, die die Bildung stabiler parlamentarischer Mehrheiten und entscheidungsfähiger Koalitionsregierungen erheblich erschwerten (Babst 1992: 70). Der Fraktionierungsindex der Parteiensysteme liegt in Ungarn leicht (1990: 73,5 %), in der Tschechoslowakei (88,2 %) weit über dem Durchschnitt der westlichen Demokratien. In Polen (92,5 %) war er bis 1993 unter allen liberaldemokratischen Systemen konkurrenzlos hoch. Umfragen zeigen allerdings, daß sich die Wähler in Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei mehrheitlich in der Mitte des politischen Spektrums verorten. Linke und rechte Flügel sind zwar zu erkennen, die extremen rechten und linken Pole sind jedoch nur spärlich besetzt (Gerlich et al. 1992). Dies spricht für die Konsolidierungschancen dieser Länder. Denn die Fragmentierung des Parteiensystems entfaltet vor allem dann seine destabilisierende Wirkung, wenn sie gleichzeitig mit der Polarisierung auftritt (Sartori 1976). Freilich ist die Parteienidentifikation der Wähler, nimmt man die kommunistisch-sozialistischen Restwähler aus, noch kaum ausgeprägt. Rapide und dramatische Verschiebungen innerhalb der Parteienlandschaften können deshalb nicht ausgeschlossen werden. Gegenwärtig existiert nach wie vor ein erhebliches „intermediäres Vakuum“ zwischen der Bevölkerung und den zentralen Regierungsinstitutionen. Dies verhindert zum einen eine solide Integration der Bevölkerung in die soziopolitischen Systemstrukturen, wie es auch charismatisch populistische Tendenzen fördert (Plasser/Ullram 1994:17). Unterhalb

dieser Ebene von Gemeinsamkeiten weisen die politischen Systeme Ostmitteleuropas allerdings auch deutliche Divergenzen auf, die unterschiedliche Wirkungen im Hinblick auf den demokratischen Konsolidierungsprozeß erzeugen.

Ungarn

Die ungarische Verfassung fördert eine starke Exekutive und schreibt dem Parlament eine schwächere Stellung zu. Dem Präsidenten wurden nur sehr spärlich konstitutionelle Prärogativen zuerkannt, die es diesem erlauben könnten, wirkungsvoll in die Tagespolitik einzugreifen. Sein eigentlicher politischer Einfluß besteht in dem Recht, dem Parlament den Ministerpräsidenten vorzuschlagen, Gesetzesentwürfe einzubringen und in erster Instanz verabschiedete Gesetze an das Parlament zurückzuverweisen. Die Regierung wurde gegenüber dem Parlament durch die Einführung des konstruktiven Mißtrauensvotums gestärkt und erheblich stabilisiert. Kontrolliert wird sie freilich zusätzlich vom Verfassungsgericht, das wie das konstruktive Mißtrauensvotum aus dem bundesrepublikanischen Grundgesetz übernommen wurde (Brunner 1991: 297 ff.; Majoros 1993: 1 ff.). Die eindeutigen Kompetenzzuschreibungen schufen einen stabilen verfassungspolitischen Rahmen, der sich förderlich auf die demokratische Konsolidierung auswirkte (Agh 1991: 250; Szarvas 1993: 275). Zusätzlich ging von dem komplizierten Mischwahlsystem eine moderat integrierende Wirkung auf das Parteiensystem aus (Szabo 1993). Tatsächlich war es bisher auch das einzige Land, in dem sich zunächst eine relativ homogene und handlungsfähige Mitte-Rechts-Regierung etablierte, die nach dem Erdrutschsieg der Sozialisten (USP) bei den Parlamentswahlen von 1994 von einer kompakten „oversized“ Mitte-Links-Koalition¹⁴ ohne Turbulenzen abgelöst wurde. Von dem „reinsten parlamentarischen System“ Osteuropas (von Beyme 1994a: 255), seinem stabilisierenden Mischwahlsystem und dem moderat-pluralistischen Parteiensystem gingen trotz der Konflikte zwischen dem ersten postkommunistischen Staatspräsidenten Göncz (AFD) und dem Premier Antal (HDF)¹⁵ stabilisierende Wirkungen auf die junge ungarische Demokratie aus.

Polen

Als Gegenbeispiel erwies sich bisher Polen, in dem bis 1993 mehr als 25 Gruppierungen den Entscheidungsprozeß im Sejm undurchsichtig machten und verzögerten. In einem solchen extrem fragmentierten Parteiensystem erwies sich die Regierungsbildung als äußerst schwierig, so daß sich in den ersten vier Jahren der jungen Demokratie schon sieben Kabinette verschlissen. Zusätzlich zu den heterogenen, kaum handlungsfähigen Regierungen lähmten noch die ungeklärten Kompetenzabgrenzungen zwischen Parlament, Regierung und Präsident die Entscheidungsfähigkeit von Exekutive und Legislative. Die Kombination von Semipräsidentialismus und extrem proportionalem Wahlsystem lud Walesa „institutionell“ geradezu ein, usurpatorische Machtarrondierung zu betreiben. Erst die im Mai 1992 verabschiedete „Kleine Verfassung“ klärte die wichtigsten Kompetenzabgrenzungen (Ziemer 1993: 116) und unterwarf die institutionelle Konkurrenz von Präsident, Regierung und Parlament präziseren Spielregeln. Freilich besitzt der polnische Präsident nach wie vor weitreichende Machtbefugnisse: Er hat gesetzgebendes Initiativ- und Vetorecht im Sejm, er ernennt den Premier, der vom Sejm bestätigt werden muß, er kann den Ministerrat einberufen und bei Sitzungen dessen Vorsitz übernehmen sowie unter bestimmten Bedingungen das Parlament auflösen (Rüb 1994: 273). Dies ist eine veritable Machtbasis, die in nicht konsolidierten politischen Systemen die institutionelle Konkurrenz einer symmetrischen doppelköpfigen Exekutive weiter am Leben erhält und über wechselseitige Blockaden zu einer Minderung der Regierungseffizienz führen kann.

Die mit dem novellierten Wahlgesetz von 1993 eingeführte 5 % Sperrklausel für Parteien und die 8 % Hürde für Wahlbündnisse trug zu einer Rationalisierung des Parteiensystems bei. Anstelle von ehemals 27 Parteien sind gegenwärtig nur noch 7 Parteien(bündnisse) im Sejm. Ob es dadurch zu homogeneren Regierungskoalitionen kommt, ist jedoch keineswegs gesichert. Denn offen bleibt, ob sich die Parteien(bündnisse) zu handlungsfähigen Akteuren konsolidieren können, oder ob sich innerhalb der Parteien verstärkt konkurrierende

Fraktionen herauskristallisieren. Dann hätte sich die Fragmentierung des Parteiensystems nur in die Parteiorganisationen hinein verschoben. Die Rationalisierung des Parteiensystems wäre nur oberflächlicher Schein.

Tschechoslowakei

Überkomplex erwies sich auch das parlamentarische „2 plus 2“-Kammersystem der Tschechoslowakei, das in Verbindung mit dem strikten Verhältniswahlrecht und dem dadurch ermöglichten extrem polarisierten Vielparteiensystem Entscheidungsblockaden der Exekutive vorprogrammierte. Mit dem föderativen Bikameralismus, dem proportionalen Wahlsystem, einem gegenseitigen Vetorecht und Majorisierungsverbot der beiden Volksgruppen und der Überrepräsentation der slowakischen Minderheit bei der Besetzung staatlicher Ämter wurden weitgefächerte Elemente einer „consociational democracy“ (Lijphart 1984) installiert. Doch das theoretisch inklusive institutionelle Arrangement war nicht in der Lage, die Kumulation von ethnischen, kulturellen und sozioökonomischen Konflikten institutionell zu entschärfen, da die politischen Eliten weniger konsensorientiert agierten als es der nur geringen subkulturellen Abgrenzung der beiden Volksgruppen entsprach (Rüb 1994a: 285). Die institutionell angelegte Inklusion scheiterte am Verhalten der politischen Eliten und drohte die Effizienz des Regierungshandelns drastisch zu vermindern. Da politisch-kulturelle Kernbestände mit dem Institutionensystem konfligierten, konnten sich weder soziale Inklusion noch politische Effizienz entwickeln. Aus dieser Perspektive muß die zunächst nicht-intendierte Auflösung der Tschechoslowakei in zwei unabhängige Staaten paradoxerweise als eine Rationalisierungsmaßnahme des staatlichen Handlungs- und Entscheidungsprozesses betrachtet werden.

Die neu entstandene Tschechische Republik besitzt mit dem Repräsentantenhaus und dem Senat ein Zweikammersystem. Die größeren gesetzgeberischen Kompetenzen liegen beim Repräsentantenhaus. Der Senat kann dafür, anders als das Repräsentantenhaus, nicht aufgelöst werden. Die Regierung benötigt bei ihrer Einsetzung das Vertrauen des Parlaments und kann von diesem durch ein einfaches Mißtrauensvotum gestürzt wer-

den. Auf der Ebene des Regierungssystems besitzt die Tschechische Republik die günstigsten institutionellen Voraussetzungen für eine rasche demokratische Konsolidierung.

Auch in der Slowakischen Republik wird der Präsident vom Parlament, der slowakischen Nationalversammlung, für fünf Jahre gewählt. Obwohl der slowakische wie der tschechische Präsident dem Parlament den Regierungschef vorschlagen kann, ein Veto-recht gegenüber Gesetzesverabschiedungen besitzt (das mit einfacher parlamentarischer Mehrheit überstimmt werden kann) und bei fehlgeschlagener Regierungsbildung die Nationalversammlung auflösen kann, ist er vom ständigen Vertrauen des Einkammerparlamentes abhängig: die Nationalversammlung wählt nicht nur den Präsidenten mit 3/5-Mehrheit, sondern kann ihn auch aus politischen Gründen mit der gleichen Mehrheit abberufen (Rüb 1994a: 286). Zwar sind mit der Dominanz von Parlament und Regierung und der klaren Abgrenzung zu einem schwachen Präsidenten günstige institutionelle Voraussetzungen für eine demokratische Konsolidierung gegeben, aber gerade hier scheint den Institutionen ein erfolgversprechender politisch-kultureller Unterbau zu fehlen (Gerlich et al 1992; Plasser/Ulram 1994: 25 f.).

Von den vier Regierungssystemen besitzen die reinen parlamentarischen Systeme in der Reihenfolge Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik eindeutig günstigere institutionelle Voraussetzungen als das semi-präsidentielle System Polens. Mit der Ausnahme der Slowakei sind sie nicht weniger inklusiv, haben aber die Kompetenzzuweisungen eindeutiger und weniger kompetitiv auf die zentralen politischen Institutionen verteilt. Dadurch vermeiden sie ein grundsätzliches Dilemma des polnischen Regierungssystems, das zu viele konstitutionelle Regeln anbietet, „in deren Rahmen wiederum zu viele politische Spiele möglich sind“ (Rüb 1994a: 287).

4. Die internationalen Rahmenbedingungen

Der internationale Kontext Mitte der 70er Jahre begünstigte zweifellos Regimewandel und Demokratisierung in Südeuropa. Griechenland, Portugal und Spanien waren in Westeu-

ropa von konsolidierten Demokratien umgeben. Die Europäische Gemeinschaft hatte unzweideutig die Herstellung der vollen Demokratie als Vorbedingung zum Beitritt der drei Länder gestellt. Für die jungen Demokratien Ostmitteleuropas gelten diese günstigen Bedingungen nur zum Teil. Zwar stehen sie nicht mehr wie in der Zwischenkriegszeit im ideologischen und machtpolitischen Spannungsfeld von Faschismus, Kommunismus und Demokratie; zwar sind auch sie im Westen von stabilen Demokratien umgeben und auch ihnen werden über Assoziationsabkommen die stufenweise Annäherung an die Mitgliedschaft in der EG in Aussicht gestellt. Internationale Organisationen und Kreditinstitute wie der Internationale Währungsfond, die Weltbank, die Europäische Gemeinschaft, die Gruppe der 24, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung unterstützen eine kaum überschaubare Anzahl von Projekten zur wirtschaftlichen Modernisierung und reduzieren damit den hohen Außenfinanzierungsbedarf der postkommunistischen Staaten (Weidenfeld et al. 1992: 52 ff.). Doch anders als beim Marshallplan von 1948–51 fehlt eine Organisation zu Koordinierung der unterschiedlichen Finanzierungsleistungen. Noch schwerer jedoch wiegt, daß Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn im Osten an Staaten angrenzen, deren Demokratisierungsprozeß erst langsam beginnt, deren ökonomische Probleme noch gravierender sind und deren virulente ethnische und territoriale Konflikte auch auf Ostmitteleuropa übergreifen könnten (Brunner 1993).

III. Das „Problem der Gleichzeitigkeit“: die dreifache Transformation

Aus der Analyse der strukturellen, kognitiven (civil society) und internationalen Restriktionen wurde deutlich, daß die Barrieren die Chancen für eine rasche demokratische Konsolidierung überwiegen. Doch die bloße Addition der restriktiven Faktoren gibt noch nicht den vollen Blick auf die komplexe Transitionsproblematik in Polen, Ungarn, der tschechischen und slowakischen Republik frei. Denn

das besondere Problem dieser Länder besteht in der *Gleichzeitigkeit* der Transformation von politischem, wirtschaftlichem und (zivil)gesellschaftlichem System (Musil 1992: 5). Zwischen den drei Sphären existiert eine enge Interdependenz, die die jeweiligen Probleme verschärfen und „wechselseitige Obstruktions-effekte“ (Offe 1991: 283; Offe 1994) erzeugen könnte. Vereinfacht läßt sich diese Problematik folgendermaßen darstellen (vgl. Przeworski 1991: 162 ff.): In der Transformationsphase von der einstigen Kommandowirtschaft zu einer prosperierenden Marktwirtschaft wird unvermeidlich, für einen a priori kaum definierbaren Zeitraum, ein „ökonomisches Tal“ durchschritten werden müssen. Wirtschaftliche und soziale Transitionskosten wie der Zusammenbruch obsoleter Produktionsstrukturen, steigende Arbeitslosenraten, Rückgang des Lebensstandards, existenzielle Verunsicherung, Abstiegsängste und die drohende Verarmung vor allem der älteren Generation werden fast unvermeidlich anfallen. Spätestens seit David Easton (1965) wissen wir jedoch, daß die Effektivität und die materiellen *output*-Leistungen eines politischen Systems dieses mit legitimieren und sein Überleben sichern helfen. Eine hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurückbleibende ökonomische Entwicklung fördert die Enttäuschung, die sich nicht nur gegen das marktwirtschaftliche, sondern auch gegen das noch instabile und kaum belastbare demokratische politische System richten kann. Die (nach Easton) zweite notwendige Legitimitätsdimension, die *affektive bzw. diffuse* Unterstützung der demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen, vermag sich kaum zu entfalten: es droht die Aufzehrung des Anfangskredits, der diesen zu Beginn der „samtenen Revolution“ eingeräumt wurde.

IV. Handlungskorridor und politisches Handeln: die Rolle der Akteure

Der Erfolg der demokratischen Konsolidierung wird keineswegs allein von sozioökonomischen Requisiten, strukturellen Erblasten, internationalen Rahmenbedingungen oder komplexen simultanen Problemkonstellatio-

nen bestimmt. Aber sie legen den Handlungskorridor fest, beeinflussen die Handlungspräferenzen der Akteure und begrenzen die Bandbreite erfolgversprechender Problemlösungsstrategien. Dabei kommt es für die Lösung der komplexen Problematik der dreifachen Transformation in Ostmitteleuropa vor allem darauf an, in welcher Weise die relevanten politischen und sozialen Akteure die einzelnen Transformationspolitiken miteinander verknüpfen, koordinieren, sequenzieren und harmonisieren (Musil 1992: 10; Schmitter 1992: 163; Offe 1991).

Zwei idealtypische Lösungswege wurden bisher von Ökonomen und Sozialwissenschaftlern für das „Problem der Gleichzeitigkeit“ vorgeschlagen. Erstens der „big bang“, die radikale und rasche Transformation der Wirtschaft, wie sie von der OECD und dem Harvard-Ökonomen Jeffrey Sachs propagiert wurde. Das zu durchschreitende „Tal der Tränen“ (Dahrendorf) wäre in diesem Falle tiefer aber kürzer. Offen und riskant bleibt, ob die kurzfristig anfallenden sozialen Kosten so hoch sind und so starken politischen Protest erzeugen, daß die Demokratie ernsthaft gefährdet ist. Dafür spricht der Umfang der sozialen Verwerfungen, dagegen die Kürze der Transitionsphase. Genau umgekehrt verhält es sich mit der zweiten, der gradualistischen Transformationsstrategie: das „Tal“ wird weniger tief, dafür aber breiter sein. Hier stellt sich die Frage: Läßt sich die Geduld gegenüber der „schöpferischen Zerstörung“ (Joseph Schumpeter) so lange erhalten, daß sie nicht die demokratische Ordnung gefährdet?

In beiden Szenarien spielen zwei Gruppen von Akteuren die wichtigste Rolle: die politischen Entscheidungseliten und ihre Wähler (Przeworski 1991: 173 f). Ihre Interaktion bestimmt, welche Strategie mit welchen Folgen für die demokratische Konsolidierung eingeschlagen wird. Wenn die Wähler Vertrauen in die Regierung haben, kann diese die „harte“ Option der radikalen und raschen ökonomischen Transformation wählen. Der Balcerowicz-Plan von 1989/90 und der neoliberale Kurs von Vaclav Klaus in der Tschechoslowakei wären dafür ein Beispiel. Umfragen zeigen jedoch, daß das Vertrauen der Wähler in diese wirtschaftspolitische Strategie mit den ansteigenden sozialen Kosten gesunken ist

(Gerlich et al. 1992: 18 f.). Die rationale Antwort von Politikern in Wettbewerbsdemokratien auf diesen Vertrauensschwund wäre, die radikale Strategie abzuschwächen, die sozialen Kosten zu mindern, sozialpolitisch abzupuffern und langsam zu einer gradualistischen Reformpolitik überzugehen.

Der Fall Polen und in abgewandelter Form auch die ungarischen Erfahrungen beglaubigen diese These empirisch. Denn obwohl die unter Balcerowicz 1989/90 begonnene und bis zu Hanna Suchocka, der Premierministerin der Demokratischen Union, fortgesetzte neoliberale Wirtschaftspolitik durchaus auf makroökonomische Stabilisierungserfolge verweisen konnte (OECD 1993: 121), waren die sozialen Opfer in der mehrheitlichen Wahrnehmung der Bevölkerung zu groß. Die Polen wählten die alte Regierungskoalition der Solidarnosc-Nachfolgeparteien ab und das postkommunistische Linksbündnis (SLD), die ehemalige Block-Bauernpartei (PSL) und die sozialdemokratische Union der Arbeit (UP) ins Amt. Alle drei Parteien hatten sich im Wahlkampf nachdrücklich gegen das neoliberale Reformtempo und für einen langsameren, gradualistischen Kurs ausgesprochen. Konsequenter plädierten sie unmittelbar nach ihrem Regierungsantritt für eine stärkere Rolle des Staates in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die erklärte Absicht der neuen Regierung ist es, das nun breitere „Tal der Tränen“ stärker „im Konvoi“ (Offe 1993: 79) zu durchwandern und die Transformationskosten gleichmäßiger unter der Bevölkerung zu verteilen. Selbst in Ungarn, wo die Mitte-Rechts-Regierung unter Antall einen gemäßigten wirtschaftlichen Reformkurs eingeschlagen hat, waren Kosten und Nutzen dieser Strategie zu ungleich verteilt. Die ungarischen Wähler bereiteten den Regierungsparteien eine vernichtende Niederlage und wählten die postkommunistische USP unter Gyula Horn mit der absoluten Zahl der Parlamentsmandate zur dominierenden Regierungspartei. Umstritten bleibt freilich in beiden Fällen, wie hoch die ökonomischen Kosten für die neue gradualistische Wirtschaftsstrategie sein werden. Es bleibt abzuwarten, ob die Reduzierung der sozialen Lasten die möglichen ökonomischen Wohlfahrtsverluste im Hinblick auf die demokratische Konsolidierung kompensieren können.

Der tschechischen Regierung unter Vaclav Klaus wurde zunächst ein weiterer Vertrauensvorschuß gewährt, seit sich die tschechische und slowakische Republik getrennt haben. Dadurch sind für erstere nicht nur wirtschaftliche Problemregionen verschwunden, sondern es wurde auch die wirtschaftspolitische Agenda von dem lähmenden Disput zwischen dem radikalen Wirtschaftsreformer Klaus und dem Gradualisten Meciar entlastet. Der wirtschaftliche Verlierer der Staatsauflösung ist die slowakische Republik (Bútorá/Bútoravá 1993: 80). Schon 10 Monate nach der Auflösung der Föderation mußte Meciar feststellen, daß die slowakische Wirtschaft sich in der schwersten Krise seit den dreißiger Jahren befindet (FAZ 27. 4. 1993). Die Konversion der Rüstungsbetriebe kommt kaum voran. Der Waffenexport geht weiter zurück. Vor 1993 lieferte die slowakische Industrie in hohem Maße Halbfertigprodukte für die tschechische Finalproduktion. Insgesamt „exportierte“ der slowakische Landesteil ein Drittel seiner Industrieproduktion in den tschechischen Landesteil, während dieser nur 15 % in die Slowakei „ausführte“ (OECD 1993: 122). Nach der Trennung kam es zu tiefen Einbrüchen im tschechisch-slowakischen Handel. Die Produktion und Produktivität ging jedoch in der Slowakei schneller als in der tschechischen Republik zurück, während Inflation, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung rascher anstiegen.

Die slowakische Regierung droht nun von zwei Seiten unter Druck und damit in einen nur schwer lösbaren Interessenkonflikt zu geraten. Druck kommt, erstens, von einer zunehmend enttäuschten Bevölkerung, die die „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ (HZDS) drängt, ihre wirtschaftlichen und sozialpolitischen Wahlversprechen einzulösen. Auf der anderen Seite binden Weltbank, IMF und die europäischen Finanzinstitutionen ihre Kredite an strikte haushaltspolitische Vorgaben. Da eine für beide Seiten befriedigende Lösung dieses Dilemmas auf absehbare Frist kaum denkbar erscheint, könnten HZDS und die „Slowakische Nationalpartei“ (SNS) ihren nationalistisch-populistischen Kurs verstärken, um Wählerverluste zu verhindern oder durch die Erschließung neuer Wählerschichten zu kompensieren. Die innere Aushöhlung der slowakischen Demokratie würde fortge-

setzt, der Trend hin zu einer reinen Mehrheits-herrschaft, die ihre (ethnischen) Minderheiten diskriminiert¹⁶ (vor allem Ungarn, Roma) weiter verstärkt (Bútorá/Bútoravá 1993: 80). Die Verdüsterung der demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformperspektive wäre dann in der slowakischen Republik nicht primär die Folge struktureller Problemlasten, sondern vor allem das Ergebnis wiederholter Fehlentscheidungen der politischen Eliten.

V. Die Perspektiven

Welchen Weg werden die jungen Demokratien Ostmitteleuropas weiter verfolgen? Wird an dessen Ende die rasche, erfolgreiche Konsolidierung der Demokratie wie in Südeuropa, insbesondere in Spanien stehen? Oder zeichnet sich die lateinamerikanische Variante ab, in der sich seit den zwanziger Jahren Zyklen autoritärer und demokratischer politischer Ordnungen abwechseln?

Gegen die südeuropäische Variante spricht insbesondere die gewaltige Problemlast der ökonomischen Transformation. Wiederaufbauprogramme in der koordinierten Konzentration des Marshallplanes, der das Wirtschaftswunder der jungen Demokratien der „2.Welle“ in Deutschland, Italien und Japan in Gang setzte und zu deren Konsolidierung erheblich beitrug, sind für Ostmitteleuropa trotz vieler multi- und bilateraler Hilfen nicht in Sicht. Die weltweite Rezession und die mit der deutschen Einheit verbundenen Finanzprobleme begrenzten bisher das Engagement der staatlichen und privaten Investoren. Die von der EG gegenüber den vier Visegrad-Staaten zugesicherte asymmetrische Öffnung der Märkte kommt nur langsam voran. Insbesondere in den „sensiblen“ Sektoren der Europäischen Gemeinschaft wie Stahl, Kohle, Textil und Landwirtschaft, also in jenen Bereichen, in denen die vier ostmitteleuropäischen Länder ernsthaft konkurrieren könnten, kam es zu einer protektionistischen Schließung der Absatzmärkte (Weidenfeld et al. 1992: 81). Die Ausbildung der maßgeblich auf dem wirtschaftspolitischen Leistungsprofil einer Regierung aufbauenden *selektiven* Legitimitätsdimension wird mit den zögerlichen Erfolgen der marktwirtschaftlichen Transformation

länger dauern. Damit wird sich auch die fundamentale Zustimmung der Bevölkerung zu den grundsätzlichen Institutionen und Verfahren des demokratischen Systems (*diffuse* Legitimation) kaum konsolidieren können. Die Ausbildung der *diffusen* und *selektiven* Legitimitätsdimension und damit der Stabilität der Demokratien Ostmitteleuropas wird länger dauern als im europäischen Süden.

Aber auch der lateinamerikanische Weg mit seinen zyklisch wiederkehrenden Unterbrechungen demokratischer Konsolidierung ist nicht sehr wahrscheinlich. Gegen ihn spricht, daß, mit Ausnahme Polens, das Militär in Ostmitteleuropa weder über nationales Ansehen noch über eine Interventionstradition in die Politik verfügt. Darüber hinaus unterscheidet sich die Nachbarschaft Westeuropas und dessen ökonomisches und politisches Interesse an einer stabilen demokratischen Ordnung in Ostmitteleuropa von den primär strategischen Interessen der USA gegenüber Lateinamerika zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes (zumindest bis Mitte der 70er Jahre). Jede autoritäre Unterbrechung des Demokratisierungsprozesses würde die internationalen Unterstützungsleistungen und privaten Investitionen gefährden. Eine Überlegung, die zumindest rational kalkulierende politische Akteure nicht vernachlässigen können.

Tertium datur? Dies ist keineswegs sicher. Vieles spricht dafür, daß der Weg zu einer konsolidierten Demokratie in Ostmitteleuropa länger sein wird als im Süden Europas. Die Wirtschaftsreformen werden langsamer als zunächst erwartet vorankommen. Der „Peripherisierungsdruck“, den hochentwickelte Ökonomien auf weniger produktive Gesellschaften ausüben, war selbst in Südeuropa nicht abweisbar. Auf die schwächeren Volkswirtschaften Polens und der Slowakei wird er sich noch stärker auswirken. Betrachtet man aber das Gesamt an ökonomischen Voraussetzungen, politisch-kulturellen Dispositionen bei den Eliten und der breiten Bevölkerung, die institutionelle Ausformung des Regierungssystems, die Konfiguration von Parteien und Verbänden, so zeigt sich, daß „Ostmitteleuropa“ hinsichtlich der demokratischen Konsolidierungschancen keineswegs eine homogene Region ist. Ungarn und die Tschechische

Republik haben zweifellos weit günstigere Voraussetzungen als Polen und die Slowakei.

Aber ungelöste ökonomische Probleme und ungünstige Rahmenbedingungen allein, führen keineswegs zwingend zum Kollaps politischer Ordnungen, auch nicht in jungen, noch kaum konsolidierten Demokratien. Denn auch dies lehren uns die Demokratisierungserfahrungen Südeuropas: die Fragmentierung der einstigen Regimeopposition, der vorübergehende Rückgang der politischen Entscheidungseffizienz, Desillusionierung, Popularitätsschwund der politischen Eliten und abnehmende Wahlbeteiligung gehörten zum normalen Ablauf der Demokratisierungsprozesse der „3. Welle“ (Huntington 1991: 265). In keinem dieser Länder ist es jedoch zu relevanten antidemokratischen Massenbewegungen gekommen. In dieser Situation kommt es entscheidend darauf an, wie die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten mit der Ohnmacht umgehen, die dringenden Probleme rasch zu lösen, ob sie im Rahmen der demokratischen Spielregeln kooperieren oder die Lage für unmittelbare individuelle, korporative oder parteiliche Zwecke auszunutzen versuchen. Diesbezüglich deuten sich in Ungarn und der neuen tschechischen Republik sowohl in der Bevölkerung als auch unter den Eliten stabilisierende Verhaltensmuster ab. In der politischen Kultur Polens und der Slowakei zeigt sich dagegen bisher eine stärkere Anfälligkeit gegenüber autoritär-populistischen Angeboten (Gerlich et al. 1992: 21). Ausgerechnet hier stünden mit Walesa und Meciar auch Führerpersönlichkeiten bereit, die dieses Potential mobilisieren könnten. Andererseits steht den Bevölkerungen der jungen Demokratien Ostmitteleuropas nunmehr das institutionelle Mittel zur Verfügung, die Regierung abzuwählen. Für Samuel Huntington ist denn auch der zweimalige durch Wahlen bewirkte Regierungswechsel der harte Testindikator für die Konsolidierung von Demokratien (Huntington 1991: 266 f.).

Angesichts der wechselseitigen Abhängigkeit von politischen und ökonomischen Handlungsspielräumen sind wirtschaftliche Hilfestellungen der westeuropäischen Demokratien von außerordentlicher Bedeutung. Deshalb kommt insbesondere der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern die wichtige Auf-

gabe zu, die Geduld der politischen Eliten und der Bevölkerung auf dem schwierigen Pfad der dreifachen Transformation gleichsam zu subventionieren. Dies ist keineswegs nur ein idealistisch-normatives Postulat. Westeuropa würde dabei auch in seinem eigenen fundamentalen Interesse handeln. Denn scheitern Marktwirtschaft und Demokratie, könnte dies eine Migrationswelle von Ost nach West auslösen, die auch die Stabilität westlicher Demokratien, nicht zuletzt jene der Bundesrepublik Deutschland, gefährden könnte. Mit der unverzichtbaren Steigerung westlicher Wirtschaftshilfen und der rascheren Öffnung der Europäischen Gemeinschaft lassen sich die aus dem „Problem der Gleichzeitigkeit“ erwachsenden Gefahren autoritärer Rückschläge zwar keineswegs ausschließen, aber nicht zuletzt die Erfahrungen der Nachkriegsdemokratien der „2. Welle“ demonstrieren, daß sie dadurch erheblich vermindert werden.

Anmerkungen

- 1 Robert Dahls zentrales Definitionsmerkmal für Demokratien lautet: „contestation open to participation“, d. h. demokratische Systeme müssen „einen für Partizipation offenen politischen Wettbewerb“ garantieren (Dahl 1971: 2).
- 2 Argentinien: 1946–1951; Brasilien: 1945–1964; Ecuador: 1948–1961; Peru: 1939–1948; Uruguay 1942–1973; Venezuela 1945–1948 (Rueschemeyer et al. 1992: 160 f.).
- 3 Ecuador 1978; Peru 1980; Bolivien 1982; Argentinien 1983; Uruguay 1984; Brasilien 1985; Chile 1990 (Rueschemeyer et al. 1992: 162).
- 4 Ich verwende hier den Begriff Ostmitteleuropa in Anlehnung an Werner Conze, der zwischen West- und Osteuropa eine Übergangszone sieht, die sich von der Narva bis zum kroatischen Split erstreckt. Das lateinische Ostmitteleuropa habe sich Conze zufolge zwischen dem orthodoxen Osteuropa im engeren Sinne und der Ostgrenze des ostfränkisch-deutschen Reiches schon im 11. Jahrhundert herausgebildet (Conze 1992: 35 ff.).
- 5 Zur Entwicklung der einzelnen Etappen der Totalitarismustheorie vgl. u. a.: Seidel/Jenkner 1968; Schlangen 1976; Ballestrem 1991. Für eine sozialwissenschaftliche Kritik und eine mögliche Operationalisierung des Totalitarismuskonzepts vgl. Sartori 1993.
- 6 Natürlich geht auch Przeworski nicht von der Restriktionsfreiheit strategischen Handelns

- aus. Sein theoretischer Zugang bietet aber keinen Ansatz, der eine systematische Erfassung der strukturellen und funktionalistischen *constraints* ermöglichen würde. Nicht zuletzt deshalb werden diese häufig mit der *Ceteris-paribus*-Klausel im dunkeln gelassen oder nur ad hoc illustrierend in die Analyse eingeführt (vgl. Przeworski 1991).
- 7 Zu den unterschiedlichen Modi der Privatisierung und ihrer funktionalen und legitimatorischen Wirkung auf Märkte und Publikum vgl. Stark 1991.
 - 8 Dies behindert insbesondere die wichtigen neuen Unternehmensgründungen, die schon aufgrund ihrer nicht nachweisbaren Bonität auf dem Kreditmarkt mit erheblichen Risikoaufschlägen „bestraft“ werden.
 - 9 Als Zivilgesellschaft wird hier jene staatsfreie Sphäre zwischen der Wirtschaft und dem Staat verstanden, deren Raum vor allem durch den freiwilligen Zusammenschluß der Bürger in Verbänden, sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen strukturiert ist.
 - 10 Hegel glaubte, der Staat, verstanden als die Sphäre des universellen Altruismus, als die „Wirklichkeit der sittlichen Idee“, könne die Zentrifugalität der partikularen Egoismen bändigen. In diesem Sinne war die omnipotente Staatsgewalt der kommunistischen Regime Osteuropas ironischerweise eher die monströse Umsetzung der Hegelschen „sittlichen Idee“, denn die Realisierung der Marxschen Utopie vom Absterben des Staates.
 - 11 Zur umfangreichen Literatur der Neokorporatismusforschung siehe besonders die „Klassiker“: Schmitter 1974; Schmitter/Lehmbruch 1979, 1982.
 - 12 Mittlerweile ist ein die interne Konkurrenz verschärfender dritter Gewerkschaftsverband, die „Solidarnosc 80“, entstanden, der vor allem die Arbeiter der staatlichen Großunternehmen repräsentiert.
 - 13 In Lateinamerika und Asien haben alle Länder, die sich in den 80er und 90er Jahren im Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen Regime befanden, präsidentielle Regierungssysteme gewählt. Von den 25 Ländern Osteuropas und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben sich allein die drei ostmitteleuropäischen Länder Ungarn, die Tschechische und Slowakische Republik für ein rein parlamentarisches System entschieden (Stepan/Skach 1993: 4).
 - 14 Aufgrund des Mischwahlsystems mit seinen mehrheitsfördernden Elementen konnte die postkommunistische Ungarische Sozialistische Partei (USP) mit 33 % der Wählerstimmen rund 54 % der Parlamentsmandate gewinnen.

- 15 Klaus von Beyme bezeichnet den Konflikt in der zweiköpfigen Exekutive als einen „konstitutionell verbrämte(n) Parteienkonflikt“ (von Beyme 1994a: 256), dessen institutionellen Konfliktpotentialen durch einen frühen Entscheid des Verfassungsgerichts (1991) die destabilisierende Schärfe genommen wurde.
- 16 Das im Oktober 1990 vom Slowakischen Nationalrat gebilligte Sprachengesetz diskriminierte vor allem die ungarische Minderheit, die rund 11 % der Bevölkerung in der Slowakei ausmacht (Brunner 1993: 35). Erst der Druck der ungarischen Regierung und insbesondere des Europarats 1993 zwangen die slowakische Regierung, weitere restriktive Maßnahmen aus dem laufenden Gesetzgebungsprozeß herauszunehmen (Das Parlament 5. 11. 1993).

Literatur

- Agh, Attila, 1993: The „Comparative Revolution“ and the Transition in Central and Southern Europe. In: *Journal of Theoretical Politics* 2: 231–252.
- Arendt, Hannah, 1951: *The Origins of Totalitarianism*, New York.
- Babst, Stefanie, 1992: Wahlen in Ungarn, der CSFR und Polen. Erschweren Wahlgesetze die Regierbarkeit? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1: 69–82.
- Ballemström, Karl Graf, 1991: Aporien der Totalitarismus-Theorie. In: *Politisches Denken Jahrbuch 1991*, Stuttgart: 50–67.
- Beyme, Klaus von (Hrsg.), 1992: *Demokratisierung und Parteiensysteme in Osteuropa, Geschichte und Gesellschaft* 3.
- Beyme, Klaus von, 1994a: *Systemwechsel in Osteuropa*, Frankfurt a. M.
- Beyme, Klaus von, 1994b: Ansätze zu einer Theorie der Transformation der ex-sozialistischen Länder. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel Bd. 1*. Opladen, S. 139–171.
- Borkenau, Franz, 1940: *The Totalitarian Enemy*. London.
- Bos, Ellen, 1994: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transformationsprozessen. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel Bd. 1*. Opladen, S. 81–109.
- Brunner, Georg, 1991: Die neue Verfassung der Republik Ungarn: Entstehungsgeschichte und Grundprobleme. In: *Jahrbuch für Politik* 1991, S. 297–318.
- Brunner, Georg, 1993: Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa. Gütersloh.

- Brusis, Martin, 1994: Korporatismus als Transformationskonsens. Der Fall Ungarn im osteuropäischen Vergleich. Max-Planck-Gesellschaft, AG Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern. Berlin, Arbeitspapier 3.
- Bútora, Martin / Zora Bútorová, 1993: Slovakia After the Split. In: *Journal of Democracy* 2: 71–83
- Conze, Werner, 1992: Ostmitteleuropa. Von der Spätantike bis zum 18. Jahrhundert. München.
- Dahl, Robert, 1971: *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven.
- Easton, David, 1965: *A Systems Analysis of Political Life*. Chicago.
- Elster, Jon, 1979: *Ulysses and the Sirens*. Cambridge.
- Ettrich, Frank, 1992: Von der Erfolgswissenschaft zur Krisenwissenschaft. Die gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Osteuropa und Ostdeutschland als Herausforderung der deutschen Soziologie. In: *Soziologen-Tag Leipzig 1991: Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme*. Berlin, S. 122–145.
- Friedrich, Carl Joachim, 1957: *Totalitäre Diktatur*. Stuttgart.
- Friedrich, Carl Joachim (Hrsg.), 1954: *Totalitarianism*. Cambridge.
- Friedrich, Carl Joachim / Zbigniew Brzezinski., 1965: *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*. Cambridge Mass.
- Gerlich, Peter / Fritz Plasser / Peter A. Ulram (Hrsg.), 1992: *Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ostmitteleuropa*. Wien/Köln/Graz.
- Glaebner, Gert-Joachim, 1994: *Demokratie nach dem Ende des Kommunismus*. Opladen.
- Götting, Ulrike, 1993: *Welfare State Development in Post-Communist Bulgaria, Czechoslovakia, and Hungary. A Review of Problems and Responses (1989–1992)*. Zentrum für Sozialpolitik Bremen, Arbeitspapier 6.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 1972: *Rechtsphilosophie*. Berlin.
- Huntington, Samuel, 1991: *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Oklahoma.
- Kraus, Peter A. / Wolfgang Merkel, 1993: Die Rolle der Linksparteien im Regimewechsel. In: *Walther L. Bernecker / Carlos Collado Seidel (Hrsg.), Von der Diktatur zur Demokratie. Spaniens Regime-Übergang*. München, S. 192–212.
- Król, Martin, 1992: Der heilige Petrus und John Stuart Mill. In: *Transit* (3): 100–108.
- Lijphart, Arend, 1984: *Democracies*. New Haven/Yale.
- Lijphart, Arend, 1990: *Presidencialismo y democracia de mayoria*. In: *Oscar Godoy Arcaya (Hrsg.), Hacia una democracia moderna. La opción parlamentaria*. Santiago de Chile, S. 109–128.
- Lijphart, Arend, 1992: *Democratization and Constitutional Choices in Czecho-Slovakia, Hungary and Poland 1989–91*. In: *Journal of Theoretical Politics* 4, S. 207–233.
- Linz, Juan, 1990a: *The Perils of Presidentialism*. In: *Journal of Democracy* 1: 51–69.
- Linz, Juan, 1991b: *The virtues of Parlamentarism*. In: *Journal of Democracy* 1: 84–91.
- Linz, Juan / Arturo Valenzuela (Hrsg.), 1994: *The Failure of Presidential Democracy*. Baltimore/London.
- Lipset, Seymour Martin: *Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy*. In: *American Political Science Review* 53; wiederabgedruckt in: *ders., Political Man*. Baltimore 1980: 459–476.
- Majoros, Ferenc, 1993: *Ungarische Verfassungsgerichtsbarkeit seit 1990*. In: *Studien des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien* 15: 1–55.
- Merkel, Wolfgang: *Vom Ende der Diktaturen zum Binnenmarkt 1993. Griechenland, Portugal und Spanien auf dem Weg zurück nach Europa*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 51: 3–14.
- Merkel, Wolfgang, 1994a: *Systemwechsel: Probleme der demokratischen Konsolidierung in Ostmitteleuropa*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 18–19: 3–11.
- Merkel, Wolfgang, 1994b: *Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung?* In: *ders. (Hrsg.), Systemwechsel Bd. 1*. Opladen, S. 303–331.
- Milosz, Czeslaw, 1991: *Polen – ein theokratischer Staat?* In: *Transit* (3) 2: 87–94.
- Müller, Hans-Peter, 1983: *Wertkrisen und Gesellschaftsreform*. Stuttgart.
- Müller, Klaus, 1991: *Nachholende Modernisierung?* In: *Leviathan* 2: 260–291.
- Musil, Jiri, 1992: *Czechoslovakia in the Middle of Transition*. In: *Czechoslovak Sociological Review* (XXVIII): 5–21.
- Neumann, Siegmund, 1942: *Permanent Revolution. Totalitarianism in the Age of International Civil War*. London.
- Nohlen, Dieter, 1991: *Presidencialismo, sistema electorales y sistemas de partidos. Reflexiones para América Latina*. In: *Nohlen, Dieter / Mario Fernández (Hrsg.), Presidencialismo versus Parlamentarismo*. América Latina. Caracas, S. 51–70.
- Nohlen, Dieter, 1994a: *Institutional Reform in Latin America from the Perspective of Political Engineering*, Paper Presented to the XVIth World Congress of IPSA. Berlin, August 1994.

- Nohlen, Dieter / Bernhard Thibaut, 1994b: Transitionsforschung zu Lateinamerika: Ansätze, Konzepte, Thesen. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.), Systemwechsel Bd. 1. Opladen, S. 195–228.
- O'Donnell, Guillermo / Philippe C. Schmitter, 1986: *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. Baltimore.
- OECD Economic Outlook (51) June 1992. Paris 1992a.
- OECD Economic Outlook (52) December 1992. Paris 1992b.
- OECD Economic Outlook (53) June 1993. Paris 1993.
- Offe, Claus, 1991: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. In: Merkur 4: 279–292.
- Offe, Claus, 1992: *Ethnic Politics in East European Transition*. Bremen, unveröff. Ms.
- Offe, Claus, 1993: Akteure und Agenda der Reform. In: Transit (6): 63–86.
- Offe, Claus, 1994: *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*. Frankfurt/New York.
- Plasser, Fritz / Peter A. Ulram, 1994: *Monitoring Democratic Consolidation: Political Trust and System Support in East-Central-Europe*, Paper Presented to the XVIth World Congress of IPSA, Berlin August 1994.
- Przeworski, Adam, 1986: Some Problems in the Study of the Transition to Democracy. In: O'Donnell, Guillermo / Philippe C. Schmitter / Lawrence Whitehead (Hrsg.), *Transition to Democracy: Comparative Perspectives*. Baltimore, S. 47–63.
- Przeworski, Adam, 1991: *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. New York.
- Przeworski, Adam, 1992: The Neoliberal Fallacy. In: *Journal of Democracy* 3: 45–59.
- Puhle, Hans-Jürgen, 1994: Transition, Demokratisierung und Transformationsprozesse in Südeuropa. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.), Systemwechsel Bd. 1. Opladen, S. 173–194.
- Rüb, Friedbert, 1994a: Schach dem Parlament! – Über semi-präsidentielle Regierungssysteme in einigen postkommunistischen Gesellschaften. In: *Leviathan* 2: 260–292.
- Rüb, Friedbert, 1994b: Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen. In: Wolfgang Merkel (Hrsg.), Systemwechsel Bd. 1. Opladen, S. 111–136.
- Rueschemeyer, Dietrich / Evelyne Stephens / John Stephens, 1992: *Capitalist Development & Democracy*. Cambridge.
- Sartori, Giovanni, 1976: *Party and Party Systems*. Cambridge.
- Sartori, Giovanni, 1993: Totalitarianism, Model Mania and Learning from Error. In: *Journal of Theoretical Politics* 1: 5–22.
- Schienstock, Gerd / Franz Traxler, 1993: Von der stalinistischen zur marktvermittelten Konvergenz? Zur Transformation der Struktur und Politik der Gewerkschaften in Osteuropa. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 3: 484–506.
- Schlangen, Walter, 1976: *Die Totalitarismustheorie. Entwicklung und Probleme*. Stuttgart.
- Schmitter, Philippe C., 1974: Still the Century of Neocorporatism? In: *Review of Politics* XXXVI, 1: 85–131.
- Schmitter, Philippe C.: Interest Systems and the Consolidation of Democracies. In: Marks, Gary / Larry Diamond (Hrsg.), *Reexamining Democracy*. Newbury Park/London/New Delhi, S. 156–181.
- Schmitter, Philippe C. / G. Lehmbruch (Hrsg.), 1979: *Trends Towards Corporatist Intermediation*. London.
- Schmitter, Philippe C. / G. Lehmbruch, 1982: *Patterns of Corporatist Policy Making*. Beverly Hills.
- Seidel, Bruno / Siegfried Jenker, 1968 (Hrsg.) *Wege der Totalitarismus-Forschung*. Darmstadt.
- Stark, David., 1991: Privatisierungsstrategien in Ostmitteleuropa. In: *Transit* 3: 177–192.
- Stepan, Alfred / Cindy Skach, 1993: *Constitutional Frameworks and Democratic Consolidation. Parliamentarism versus Presidentialism*. In: *World Politics* 1: 1–22.
- Szabó, Máté, 1993: *The Democratization Process and the Transition to a Civil Society*, Ms. Budapest.
- Szarvas, László, 1993: *Transition Periods in Hungary – The Chances for Democracy?* In: *Journal of Theoretical Politics* 2: 267–276.
- Thibaut, Bernhard, 1992: *Präsidentialismus, Parlamentarismus und das Problem der Konsolidierung der Demokratie in Lateinamerika*. In: *Ibero-Amerikanisches Archiv* 1–2: 107–150.
- Tischner, Jozef, 1991: Die Kirche und das antistaatliche Syndrom der Polen. In: *Transit* (3) 2: 109–117.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.), 1993: *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa*. Gütersloh.
- Weidenfeld, Werner / Manfred Huterer, 1992: *Osteuropa: Herausforderungen – Probleme – Strategien*. Gütersloh.
- Wiesenthal, Helmut, 1993: Die „Politische Ökonomie“ des fortgeschrittenen Transformationsprozesses und die potentiellen Funktionen intermediärer Akteure (I). Max-Planck-Gesellschaft, Arbeitsgruppe Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern, Arbeitspapier 1.
- Ziemer, Klaus, 1993: *Probleme des politischen Systemwechsels der Republik Polen. Eine Zwischenbilanz nach drei Jahren*. In: *Jahrbuch für Politik* 1: 93–124.